

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Johann Michler**,
Wien 1., Neues Rathaus.

Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 11. Dezember 1918. Nr. 464.

Bericht über die Aufstellung schwedischer Holzhäuser. In der gestrigen Stadtratsitzung legte StR. Melcher einen Bericht über den Stand der aufzustellenden schwedischen Holzhäuser im 18. Bezirk vor. Wie die gemeinnützige Aktiengesellschaft für Kleinwohnungsbau, welcher zur Erbauung und Erprobung schwedischer Holzhäuser ein Baurecht ^{in Kollau} eingeräumt wurde, mitteilt, sind diese Häuser im 13. und 21. Bezirk ^{in Kollau} ziemlich fertig gestellt, bei anderen ist auch die Eindeckung beendet. Die Objekte werden weitaus teurer zu stehen kommen, als auch im ungünstigsten Falle anzunehmen war. Beim Transporte, bei der Verzollung u.s.w. wurden von der damaligen österreichischen Regierung Schwierigkeiten gemacht, über welche beim Abschlusse der ganzen Aktion noch eingehend wird berichtet werden und welche nicht nur Auslagen von vielen tausenden Kronen verursachten, sondern auch durch ganz zweckloses Hin- und Hertransport der kostspieligen Materialien einen grossen Verlust durch Diebstahl, Beschädigung u.s.w. verursachten. Noch grösser waren die Schwierigkeiten, die sich bei der ständigen Verschlechterung aller Verhältnisse in der Ausstellung ergaben.

Der Berichterstatter erwähnte noch, dass sich in den Kellern der Häuser im 13. Bezirk Grundwasser gezeigt habe, so dass es notwendig sei, eine Drainageanlage zu errichten. Die Kosten wären von der Gemeinde Wien zu übernehmen, da sonst die Zinsen zu hoch bemessen werden müssten. Nach dem Antrage des Berichterstatters wurde für die Drainageleitung 10.640 K bewilligt und die Zahlung der Kanaleinmündungsgebühren im 13. und 21. Bezirke auf Rechnung der Gemeinde Wien übernommen. Der Berichterstatter erwähnte schliesslich, dass diese Häuser sich teurer stellen werden, als wenn solide Häuser gebaut worden wären.

Ausgabe

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 11. Dezember 1918. Nr. 465.

Anteleiterbestellung. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat den bisherigen Vorstand der Magistratsabteilung II (Finanzangelegenheiten) Obermagistratsrat Dr. Theodor Held zum Vorsteher der Magistratsabteilung V (Eisenbahnen u.s.w.) und den der Magistratsabteilung II zugeteilten Magistratsrat Dr. Karl Hartl zum Vorstände dieser Abteilung bestellt. An der Spitze der Magistratsabteilung V ist bisher Obermagistratsrat Dr. Josef Müller gestanden, der von nun auf die Leitung jener Geschäftsgruppe des Magistrates, welche die Magistratsabteilung III (Fondsgüter u.s.w.), V (Eisenbahnen u.s.w.), das Arbeiterfürsorgeamt der Stadt Wien, das Wohnungsamt der Stadt Wien und die städtischen Unternehmungen umfasst, beschränkt sein wird.

Todesfall. Am Sonntag ist der pensionierte Steueramts-Direktor der Stadt Wien Theodor Dworzak im 67. Lebensjahre gestorben. Das Leichenbegängnis fand heute in Pertholdsdorf statt.

Wiener Gemeinderat.

Sitzung am 11. Dezember 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilung: Laut Erlasses des Staatsamtes des Innern vom 9. Dezember 1918 hat das geschäftsführende Direktorium des Staatsrates Ihre am 3. d.M. von Wiener Gemeinderäte voll-

zogene Wahl zum Bürgermeister bestätigt.

Hievon beehre ich mich Euer Exzellenz mit Beziehung auf die unterm 3. Dezember d.J. erstattete Anzeige mit der Einladung die Mitteilung zu machen, sich wegen Anberaumung des Tages und der Stunde des nach Analogie des § 26 des Wiener Gemeindestatutes abzulegenden Gelbnisses mit mir in das Einvernehmen zu setzen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, dass der bekannte Menschenfreund der Grossindustrielle Dr. Jakob Blich anlässlich der Errichtung der Kriegsküche 68 im 19. Bezirk zur Bestreitung der ersten Lebensmitteleinkäufe einen Betrag von 3000 Kronen leihweise und unverzinslich vorgestreckt hat, welcher Betrag nach geleisteter Zurückzahlung dem im Jahre 1917 gestifteten Kriegshilfsfonds für die Armen des Bezirkes Döbling zu fallen hat. Der Bürgermeister begrüßte die Zunahme dieses Fonds.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest den Spendeneinlauf: **Karl Stieber**, Cafetier spendet für die Armen des I. Bezirkes K 1000.--, **Firma Brüder Kunz** 5. Österr. Kriegsanleihe per K 1000.-- mit dem Bemerkten, dass dessen Zinsertragnis alljährlich einem talentierten, braven, katholischen Kinde des I. Bezirkes zukomme; **Vinzanz Küster**, als Unterstützung zweier Witwen nach gefallenen Wiener Deutschmeistern des III. Bezirkes, welche mehrere Kinder besitzen, einen Betrag von K 459.45. **Generalkonsul Leo Hirsch** spendet anlässlich der Ziviltrauung seiner Tochter für Arme Wiens K 200.--. Das **Kuratorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung** zür Unterstützung des Kleingewerbes übermittelt wie alljährlich den Betrag von K 200.-- für die Armen Wiens. **Gastwirt Josef Bauernfeind** spendet für die Armen des XIV. Bezirkes K 150.--; **Dr. Hans Rotl** als Legat des verstorbenen Oberinspektors I-P- Faustin von Sysocki für die Armen des III. Bezirkes K 100.--, **Notar Dr. Guido Müller** für die Armen des III. Bezirkes K 100.--, **Anna Schmelzer** für wohltätige Zwecke K 100.-- und **Josef Bandler** für arme Waisenkinder K 20.--.

GR. Dr. Glasauer verweist in einer Anfrage auf die in Wien herrschende Not an Futtermitteln für Kühe, Pferde und Ziegen trotzdem in der Umgebung Wiens geradezu Ueberfluss an Futtermitteln herrsche, die Bauern wären froh, wenn sie ihr Heu anbrächten und würden es gerne um den Höchstpreis unter Zuschlag eines Fuhrlohnes liefern, doch erlaube dies die Futtermittelzentrale nicht. Die Bauern werden auf der Strasse angehalten, wenn sie Heu nach Wien bringen wollen und sogar bestraft.

BGM. Dr. Weiskirchner: Diese Angelegenheit hatte heute im Wege eines Dringlichkeitsantrages des Abgeordneten Farrer den n.ö. Landtag beschäftigt. Ich werde mit Rücksicht auf die besondere Wichtigkeit dieser Angelegenheit einen Bericht des Magistrates bzw. des Referenten für Futtermittel einholen und dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung berichten.

GR. Hummelhart stellt folgende Anfrage: Die dem städtischen Feuerwehrkorps entnommenen Amtsdienner der Stadt Wien haben dem Magistrate nachstehende Forderungen mit der Bitte um Entsprechung derselben übermittelten:

- 1.) Erhöhung der Nachzulagen, bzw. der Kostgelder anobis der Diener am Präsidium, Wahlkassator etc. rückwirkend von der Wiedereinberufung zur Feuerwehr, bzw. von der Ernennung der im Stande der Feuerwehr verbliebenen Amtsdienner.

- 2.) Monturenentschädigung in der Höhe von 40 % für das Jahr 1915, 80 % für das Jahr 1916, 100 % für 1917 und 160 % für 1918 nach den in den einzelnen Jahren festgesetzten Monturpreisen.

- 3.) Berücksichtigung der Stellenbesetzung bei Wiederantritt des Amtsdiennerdienstes. Infolge der langjährigen Diennstzeit bei der Feuerwehr glaubt die obenangeführte Dienergruppe bessere Dienstposten beanspruchen zu können.
- 4.) Prozentuelle Erhöhung der Personalzulage bei Gehaltsregulierungen. Sowie ungekürzte Belassung der Personalzulage bei Vorrückung in höhere Gehaltsstufen bzw. beim Anfall von Dienstalterzulagen. Die Personalzulage ist in die Pension einzurechnen.

- 5.) Gleiche Dienstzeit analog der Angehörigen der städtischen Feuerwehr.

Es wird daher gefragt, ob diese berechtigten Wünsche der Angehörigen dieser Angestelltenkategorie mit Rücksicht auf deren langjährige anstrengende und belobungswürdige Dienstleistung bald und vollinhaltlich erfüllt werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Das Ansuchen der betreffenden Amtsdienner ist beim Magistrate am 18. November eingelangt und wurde sofort in Behandlung genommen. Es ist bereits ein Gutachten des Feuerwehrkommandos eingeholt worden und der Akt befindet sich gegenwärtig in der Stadtbuchhaltung. Die Angelegenheit wird in wohlwollender Weise geprüft und - soweit die Forderungen berechtigt sind - werden dem Gemeinderat demnächst positive Anträge vorgelegt werden.

GR. Gussenbauer stellt folgende Anfrage: Ueber den Beschluss des Gemeinderates vom 13. November 1918, welcher die Umwandlung eines Teiles der Kriegszulagen in eine dauernde Bezugserrhöhung für die Angestellten der Gemeinde Wien betrifft, herrscht Zweifel darüber, ob unter den „Angestellten“ auch die Lehrpersonen inbegriffen sind.

Der Bürgermeister erwidert, dass selbstverständlich auch die Lehrpersonen unter den Angestellten zu verstehen sind und eine besondere Hervorhebung derselben nicht notwendig war, weil von den mit Gemeinderatsbeschluss vom 15. Oktober bewilligten Kriegszulagen die Rede ist, und diese eben auch den Lehrpersonen zukommen.

GR. Jung stellt folgende Anfrage: In der Bürgerschule II., Weintraubengasse 13 sind 54 Mann der zionistischen Volkswehr untergebracht, abgesehen davon, wie diese Leute in diesem Schulgebäude hausen, erlaube ich mir an Seine Exzellenz den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten:

Warum dieses Schulgebäude wegen 54 Mann ihren richtigen Zweck entzogen wird.

Weiters soll in einigen Tagen die Doppelschule II., Untere Augartenstrasse 3 von Leuten der zionistischen Volkswehr bezogen werden, was der Bürgermeister noch rechtzeitig verhindern wollte.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Diese Angelegenheit war gestern im Stadtrate anhängig und ich habe mit Rücksicht auf die Darstellungen insbesondere des Herrn Kollegen Schneider für heute eine Kommission in diesen Schulen angeordnet. Der Bericht über diese Kommission ist noch nicht in meinen Händen, ich werde daher die Interpellation in der nächsten Sitzung beantworten.

GR. Angeli stellt folgende Anfrage: Wenn die Zeitungsberichte richtig sind, so hat der Deutsch-österreichische Staatsrat den Lainzer Tiergarten und die Lobau in sein Eigentum übernommen. Sowohl im Lainzer Tiergarten, als auch in der Lobau sind grosse Mengen von Hirschen, welche jetzt bei der grossen Fleischnot für die Volksernährung von grösster Bedeutung wären; es muss daher der Abschuss dieser Tiere unbedingt gefordert werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Zufolge Beschlusses des Staatsrates vom 11. November ist der gesamte Wildstand im Lainzer Tiergarten und in der Lobau

bis zu 80 % zu Zwecken der Approvisionierung der Wiener Bevölkerung zum Abschuss zu bringen. Ueber Weisung des deutsch-österreichischen Staatsamtes für Volksernährung wird das erlegte Wild an die amtliche Uebernahmsstelle für Vieh- und Fleisch in Wien, St. Marx abgeliefert, um als rayonierte Fleischmenge an Stelle des Rindfleisches, soweit dieses nicht ausreicht, abgegeben zu werden.

Gr. Moissl: Die Volkswehr wildert draussen.

Die **GR. Schöber** und **Max Winter** stellen folgende Anfrage: Nach Zeitungsnachrichten befindet sich das Karolinen Kinderspital am Alsergrund in solcher Not, dass sein Fortbetrieb in Frage gestellt ist. Diese Nachricht hat unter der mittellosen Bevölkerung des Alsergrundes und der Nachbarbezirke grosse Aufregung hervorgerufen. Die Schliessung dieses Spitals könnte in der gegenwärtigen Zeit der ungeheuren Kindersterblichkeit die schlimmsten Folgen haben. Die Wiener Kinder haben viel zu wenig Heilstätten. Dass eine dieser wenigen noch geschlossen würde, wäre in der Zeit unerträglich, in der alles für unseren so ungeheuer bedrohten Nachwuchs im Interesse des künftigen Menschengeschlechtes geschehen muss. Es ist ein Gebot der Menschenliebe und Selbsterhaltung, dass das Spital erhalten bleibe; die Gefahr der Schliessung kann abgewendet werden, wenn dem Karolinen-Kinderspital, das ein Verein unterhält, Zuschüsse aus den Geldern der Gemeinde, im Notfalle aus denen des Landes unverzüglich flüssig gemacht werden, um den Spitalsbetrieb ohne Unterbrechung aufrecht zu erhalten.

BGM. Dr. Weiskirchner: Die Anfrage berührt zweifellos ein ungemein wichtiges Gebiet und ich kann den Herrn Fragestellern nur mitteilen, dass ich bereits vor einigen Tagen nicht nur für das Karolinen Kinderspital, sondern für alle Privatkinderspitäler eine Aktion eingeleitet habe, welche den Zweck verfolgt, endlich, wie es beim Krankenanstaltenfond gemacht haben, durch Beteiligung der Regierung des Landes und der Stadt die nötigen Geldmittel aufzubringen um den Betrieb solange sicherzustellen, bis eine Hülfsberechtigte Kooperation berechtigt ist, die eine Sanitätsumlage einheben kann, um den Betrieb dieser Krankenanstalten zu sichern.

GR. Kürber verweist in einer Interpellation darauf, dass die in der Freudenau ansässigen Schiffmühlbesitzer und Kleinhäusler von der Donauregulierungskommission die Kündigung bekommen und den strikten Auftrag erhalten haben, bis längstens März 1919 ihre Besitzungen abzureissen. Ist es schon schwer, in dieser kurzen Zeit sich eine andere Wohnstätte zu beschaffen, so sind auch die technischen Schwierigkeiten einer Demolierung dergestalt sehr grosse. Der Bürgermeister möge daher an massgebender Stelle vorstellig werden, damit dieser Auftrag auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Die Räumung der Schiffmühlen ist von der Donauregulierungskommission im Interesse des Umschlages an der Donau beschlossen worden. Ich werde mich gewiss dafür einsetzen, dass den Besitzern bei der Durchführung der Räumung soweit entgegengekommen wird, als es die Verhältnisse zulassen und ich werde daher die vorliegende Anfrage der Donauregulierungskommission zur tüchtigsten Berücksichtigung übermitteln.

es nicht abgetan, wir wissen, was die Verpflegung einer einzelnen Person heute kostet. Es gibt fix angestellte Frauen, welche froh wären, wenn sie sich sagen könnten, mir bleiben 50 Kronen, wenn ich meine Verpflegung bestritten habe. (Laute Zustimmung) Der Zug, aus den Familien liegt nicht in der Lohnfrage, sondern in dem Zuge nach Freiheit und nicht nach einer Freiheit, die unserem Volke zum Segen ist. Er liegt vielfach auch darin, dass die Angestellten es verlernt haben, die Interessen der Familien, denen sie dienen, zu fördern. Viele Frauen haben sich keine Dienstmädchen mehr halten können, weil sich diese den Sparsmassnahmen nicht anpassen können. Wir müssen trachten, brave, brauchbare, sittlich hochstehende Mädchen zu haben, denen wir auch ruhig unsere Kinder anvertrauen können, die die Sprache unseres Volkes auch beherrschen. Eine Hausgehilfin hat ein sorgloseres Leben, als eine Arbeiterin. (Zwischenrufe) Wenn ich dafür eintrete, dass wir uns brave Hausgehilfinnen schaffen sollen, so habe ich hauptsächlich eines im Auge. Ein Mädchen, das von einer braven Frau die Haushaltung gelernt hat, wird selbst auch eine brave Frau und Mutter werden. Das Glück des Mannes liegt in der Hand der Frau (Beifall). Sie dienen ihrem Volke, wenn sie ihm brave Dienstmädchen geben. Deshalb wünsche ich, dass die Gemeinde alle Bestrebungen unterstützt, welche sich mit der Gründung und Erhaltung von Haushaltungsschulen beschäftigen. Eine Frau, die kochen und einen Haushalt führen kann, wird einen Mann, der in einer schweren Stunde vielleicht an seinem Hause vorübergehen würde, in das Haus zurückführen, weil er sein Glück findet und seine Ehre und seinen Frieden höher schätzt, als die Freuden, die vorübergehen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Dr. Haemala stellt den Zusatzantrag, dass zu den Beratungen auch Vertreterinnen der Organisationen der Hausfrauen und der weiblichen Hausbediensteten beizuziehen sind. Gegenüber dem Gr. Fick möchte er bemerken, dass unter Mitwirkung Fick's noch im Jahre 1918 ein Kollektivvertrag abgeschlossen wurde, welcher Mindestlöhne von 150.-- Kronen vorsieht.

GR. Breitner führt aus, dass es sich bei diesem Punkt um freigesprochene Lehrlinge bis zum Alter von 18 Jahren handelt, deren Lage doch nicht mit der der weiblichen Hausgehilfinnen verglichen werden kann. Wenn in diesem Kriege weite Schichten proletarisirt wurden, so ist die Schuld des kapitalistischen Unternehmertums, dass sich in diesem Kriege auf das ungeheuerlichste bereichert hat.

Auch Gr. Fick betont, dass es sich bei dem erwähnten Vertrag um freigesprochene kaufmännische Lehrlinge handelt, die früher zwanzig, dreissig oder höchstens 50 Kronen Monatslohn bezogen.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird zur Kenntnis genommen, und die Anträge der Gemeinderäte Schorsch und Dr. Haemala und der Gemeinderätin Popp werden genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen, die noch auf der Tagesordnung stehenden 3 Geschäftstücke kommen in der nächsten Sitzung zur Beratung.

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Johann Michler,
Wien. I., Neues Rathaus.

Zur Kohlennot .
=====

In der heutigen Stadtratsitzung wurden Berichte über die Wirkungen der durch die Kohlennot veranlassten Spar- und Sperrmassnahmen erstattet.

Der Bericht der städtischen Elektrizitätswerke, welcher auch an das Staatsamt für öffentliche Arbeiten erstattet wurde, besagt: Wie die Direktion müdlich und schriftlich schon vor Wochen erklärte, ist es - da keine Kohle eingelangt ist - nunmehr tatsächlich notwendig geworden, mit Ende nächster Woche mit der Abschaltung der Stromabnehmer der Elektrizitätswerke zu beginnen, u. zw. mit jenen Betrieben zuerst, für welche am meisten Strom geliefert wird, die somit am meisten Kohle brauchen, das sind die Strassenbahnen und die grossen Fabriken. Dann soll allmählich nach Massgabe der vorhandenen geschulten Arbeitskräfte, deren Zahl beschränkt ist, der übrige Konsum so weit abgeschaltet werden, bis jene Grenze der Maschinenbelastung erreicht ist, welche vom Ueberlandkraftwerk Ebenfurth unter Beihilfe der Wiener Kraftwerke an Sonntagen und zur Spitzendeckung geleistet werden kann. Es wird dann nur die notdürftigste öffentliche und Stiegenhausbeleuchtung, eine reduzierte Wohnungsbeleuchtung, sowie eine auf das äusserste Mass reduzierte Stromversorgung der wichtigsten Aemter und Anstalten, insbesondere der Krankenhäuser, der Approvisionierungs- und Lebensmittelbetriebe durchgeführt werden. Die Angelegenheit ist so einschneidend und nach Erachten der Direktion auch nicht in ihrer Kompetenz gelegen, dass hiemit an das Staatsamt für öffentliche Arbeiten die dringendste Bitte gerichtet wird, der Direktion die nötigen Direktiven betreffs der vorzunehmenden Abschaltung zu erteilen. Hierbei wird es sich empfehlen, die Vertreter der in Betracht kommenden Staatsämter, insbesondere jener für Handel und Gewerbe, für das Verkehrswesen, den Unterricht, die soziale Fürsorge und für Volksgesundheit, die grossen Korporationen, welche Handel, Industrie und Gewerbe vertreten und den paritätischen Ausschuss des Bundes der Industriellen, in welchem Arbeitervertreter sitzen, deren Beisein erwünscht wäre, zuzuziehen. Gegenwärtig wird durch Beamte der Elektrizitätswerke erhoben, welche Betriebe als Approvisionierungsbetriebe gelten und vorläufig belassen werden müssen, bezw. welche grösseren Betriebe (über 20 Kilowatt Kraft) zu Abschaltung gelangen sollen.

Ueber die seit 6. d.M. durchgeführten Strassenbahneinschränkungen lautet der Bericht: An Wochentagen waren die Einschränkungen, wie vorauszusehen war, insoferne fühlbar, als während des ganzen Tages, mit Ausnahme der von 6 Uhr abends an, fast alle Züge überfüllt waren. Hiezu hat auch

das besonders schlechte Wetter am Freitag und Samstag viel beigetragen. In den Abendstunden nach 5 Uhr nachmittags flaute das Verkehrsbedürfnis ab und in der Zeit zwischen 6 und 8 Uhr abends sind wir tatsächlich sogar zu viel gefahren. Vom heutigen Tage an wird diesem Umstande Rechnung getragen werden und die dadurch erzielten Ersparnisse zum Teile zur Verbesserung der Intervalle für die Zeit des stärksten Verkehrs verwendet. Die am Freitag, 6. d.M. gegenüber Mittwoch, 4. d.M. erzielte Stromersparnis betrug rund 32.000 Kilowattstunden. Es spielte an diesem Tage der frühe Betriebsschluss noch nicht mit. De am Samstag gegenüber dem 4. d.M. erzielte Stromersparnis betrug rund 37.000 Kilowattstunden. An diesem Tage waren bereits sämtliche Einschränkungen in Kraft und wird damit die gewünschte Einschränkung von 25 % im Werktagsverkehr erreicht, die durch die grösseren Sonntagserparnisse auf 30 % gebracht werden soll. Am Sonntag, 8. d.M. wurde ein sehr stark eingeschränkter Verkehr unter Einstellung von vielen Linien durchgeführt. In den Frühstunden war das Verkehrsbedürfnis ein sehr geringes. Dasselbe begann erst gegen 8 Uhr vormittags und reicht bis 10 Uhr vormittags der Fahrplan aus. Von 10 bis 12 Uhr, mittags jedoch war das Verkehrsbedürfnis ein grösseres und wurden auf verschiedenen Linien viele Fahrgäste zurückgelassen. In der Zeit zwischen 12 und 2 Uhr nachmittags reichte sodann der Fahrplan weder aus, während in der Zeit zwischen 2 und 4 Uhr nachmittags dem Verkehrsbedürfnis nicht entsprochen wurde. Nach 4 Uhr nachmittags wurde so ziemlich entsprochen, nur gegen Schluss in der letzten Stunde des Betriebes, machte sich wieder ein stärkeres Verkehrsbedürfnis geltend. Die Erscheinung, dass wir zu gewissen Tagesstunden dem Verkehrsbedürfnis nicht entsprachen, liegt hauptsächlich darin, dass ein grosser Teil der Bevölkerung nach immer nicht dem Ernst der Zeit Rechnung trägt. Es wird an Sonntagen die Strassenbahn viel zu überflüssigen Fahrten verwendet. Beobachtungen zeigten, dass viele Fahrgäste trotz des schlechten Wetters nicht um sich durch einen Spaziergang in der frischen Luft zu erholen, sondern um Heurige und Gasthäuser in den Sommerfrischen Bezirken zu besuchen, die Strassenbahn benützten. Für den nächsten Sonntagsverkehr werden wir neuerliche Anträge vorlegen. Die Stromersparnis betrug gegenüber Sonntag, den 1. d.M. rund 71.000 Kilowattstunden oder 55 %. In diesem Falle wurden wohl nicht die veranschlagten 60 % erreicht, doch ist dies darauf zurückzuführen, dass bereits am Sonntag, den 1. d.M. der Verkehr mit Rücksicht auf die uns bekannten Schwierigkeiten durch Intervallverlängerungen eingeschränkt wurde, so dass auch in diesem Falle gegenüber den früheren Sonntagen die beabsichtigte Minderleistung erreicht erscheint. Die Mindereinnahmen an Wochentagen betragen pro Tag 60 bis 70.000 Kronen, an Sonntagen rund 100.000 Kronen.